

Stellungnahme der CDU-Fraktion im Gemeinderat von Sinsheim

zum Haushalt der Stadt Sinsheim und dem Wirtschaftsplan
der Stadtwerke Sinsheim für das Jahr 2023 am 16.12.2022

(Es gilt das gesprochene Wort.)

Sehr geehrte Damen und Herren,
Sehr geehrte Mitglieder der Verwaltung und des Gemeinderates,
Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,
meine Damen und Herren,

„der 24. Februar 2022 markiert eine Zeitenwende in der Geschichte unseres Kontinents.

Wir erleben eine Zeitenwende. Und das bedeutet: Die Welt danach ist nicht mehr dieselbe wie die Welt davor.“

Ja, der Bundeskanzler hatte Recht: mit dem Angriff Russlands auf die Ukraine am 24. Februar 2022 hat sich die Situation in Europa, in Deutschland und in Baden-Württemberg grundlegend verändert.

Während wir vor einem Jahr alle an dieser Stelle, ich habe mir die Haushaltsreden des letzten Jahres noch einmal angeschaut, gehofft hatten, dass uns ein weiteres Corona-Jahr erspart bleiben würde, hat damals keiner damit gerechnet, was für weitgehende Auswirkungen der russische Angriffskrieg auch auf eine Große Kreisstadt wie Sinsheim haben wird.

Lassen Sie mich deshalb, bevor ich konkret auf die Zahlen des städtischen Haushalts für 2023 eingehe, drei Themenkomplexe ansprechen, die uns in Folge des Ukraine-Krieges auch in diesen Haushaltsberatungen beschäftigt haben und uns vermutlich auch die nächsten Jahre beschäftigen werden:

Das sind erstens die aktuellen Energiepreise, die uns zeigen, wie wichtig es ist, von einseitigen Abhängigkeiten wegzukommen. Dazu muss auch eine jede Kommune ihren Beitrag leisten. Sinsheim macht dies mit der Fernwärme und vielen weiteren Maßnahmen schon sehr lange und muss sich hier auch nichts vorwerfen lassen – auch wenn von Teilen dieses Gremiums manchmal ein anderer Eindruck erweckt werden soll.

Und ja, es ist angesichts der aktuellen Strompreise folgerichtig und gut, dass wir jetzt über eine Millionen Euro auf einmal in die Hand nehmen, um die städtische Straßenbeleuchtung flächendeckend auf LED-Technik umzustellen. Eine zweifelsfrei große Investition, die sich bei den aktuellen Preisen aber innerhalb weniger Jahre amortisieren wird.

Aber auch in Sinsheim gibt es noch ungenutzte Potenziale, unter anderem was die Photovoltaik angeht. Auf zu vielen städtischen Dachflächen gibt es noch immer keine PV-Anlagen.

Aus Sicht der CDU-Fraktion ist dies sowohl ökologisch als auch ökonomisch nicht zu begründen – hier muss dringend nachgebessert werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

zur Schaffung von Energieunabhängigkeit gehört auch die Windkraft und Freiflächenphotovoltaik: Wir können und werden uns in Sinsheim der Energiewende nicht verschließen. Für uns als CDU-Fraktion sind dabei aber drei Punkte besonders wichtig:

Erstens eine möglichst frühzeitige Beteiligung der betroffenen Bürger und Ortschaftsräte, bzw. des Gemeinderates.

Zweitens die bevorzugte Nutzung von Flächen in städtischem Eigentum, so dass wir über Pachten und Gewinnbeteiligungen auch im städtischen Haushalt von Windenergieanlagen profitieren.

Und beim Thema Freiflächenphotovoltaik muss drittens klar sein: Keine Anlagen auf guten Ackerböden, sondern ausschließlich auf Grenzertragsflächen, die ohnehin nicht sinnvoll landwirtschaftlich genutzt werden können.

Neben den steigenden Energiepreisen treffen uns, und damit komme ich zur zweiten Folge des Ukraine-Krieges auf diesen Haushalt, bereits heute die wirtschaftlichen Auswirkungen des Krieges.

Zwar schlagen diese **noch** nicht so richtig auf die Steuereinnahmen durch, aber das ist nur eine Frage der Zeit, wie Herr Landwehr richtigerweise ausgeführt hat. Die Zeichen stehen auf Rezession, die auch uns als Stadt treffen wird.

Aber vor allem auf der Ausgabenseite ist die angespannte wirtschaftliche Lage offensichtlich: Rekordpreise bei Auftragsvergaben, Lieferschwierigkeiten und steigende Beschaffungspreise belasten diesen städtischen Haushalt.

Und die dritte Auswirkung des Krieges auf unsere Stadt und den Haushalt, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist die sehr hohe Anzahl an Flüchtlingen aus der Ukraine, die hier bei uns Schutz suchen und ihn finden, mit Auswirkungen auf den Wohnungsmarkt, Kita-Plätze, unsere Schulen und vieles mehr.

An dieser Stelle gilt der Dank der CDU-Fraktion und ich bin mir sicher, auch aller anderer Fraktionen des Gemeinderates, den vielen ehrenamtlichen Helfern sowie den städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, ohne die die ordentliche Unterbringung und Unterstützung der zahlreichen Flüchtlinge, vornehmlich Frauen und Kinder aus der Ukraine nicht möglich wäre.

Es ist beeindruckend zu sehen, was in einer gemeinsamen Kraftanstrengung möglich ist – dafür gebührt den Genannten unser aller Dank!

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, auch Sinsheim ist an der Belastungsgrenze.

Seit mehreren Wochen und Monaten erleben wir, wie in allen Kommunen und Kreisen in Deutschland, einen Zustrom an nicht-ukrainischen Asylbewerbern, viele davon mit großer Wahrscheinlichkeit nicht schutzberechtigt.

Aus unserer Sicht beschädigt dieser wachsende Zustrom an Migranten ohne Bleibeperspektive die Akzeptanz für die Aufnahme von Ukrainerinnen und Ukrainern, die in unserer Stadt vor Krieg und Verfolgung Schutz genießen.

Alt-Bundespräsident Joachim Gauck hat einmal gesagt: Unsere Herzen sind weit, aber unsere Möglichkeiten sind begrenzt. Dies gilt auch für eine große Kreisstadt wie Sinsheim.

Deshalb ist es richtig, Herr Oberbürgermeister, dass sich Sinsheim dem gemeinsamen Appell der Kommunen im Rhein-Neckar-Kreis an die Bundes- und Landespolitik angeschlossen hat. Die Kommunen dürfen mit dieser riesigen Herausforderung nicht alleine gelassen werden, sonst drohen aus unserer Sicht erhebliche soziale Spannungen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, neben den mittelbaren und unmittelbaren Auswirkungen des Ukraine-Krieges auf uns als große Kreisstadt und den städtischen Haushalt gibt es zahlreiche weitere Themen, die uns im Jahr 2023 und vor allem in den Folgejahren beschäftigen werden.

Eines davon ist zweifelsfrei unsere Freiwillige Feuerwehr. Lassen Sie mich eines voranstellen: Das Wichtigste für eine Feuerwehr sind die Menschen – die hauptamtlichen, aber in der allergrößten Mehrzahl die vielen Ehrenamtlichen- die ihren Dienst für die Allgemeinheit leisten und rund um die Uhr einsatzbereit sind.

Ich danke deshalb im Namen der CDU-Fraktion allen Kameradinnen und Kameraden: Euer Einsatz, Eure Hilfsbereitschaft für Andere und Euer Engagement für Eure Ortschaften sind für unsere Stadt unverzichtbar!

Wie wichtig es ist, dass flächendeckend Freiwillige, ob bei Feuerwehr, THW oder DRK zur Verfügung stehen, hat sich nicht zuletzt in der Flutkatastrophe im Ahrtal im vergangenen Jahr gezeigt. Und der vor zwei Sitzungen vorgestellte Feuerwehrbedarfsplan hat noch einmal deutlich gemacht: Eine hauptamtliche Feuerwehr wäre weder günstiger noch würden die gesetzlichen Hilfsfristen eingehalten werden.

Dass sich dieser Dank nicht in Worten erschöpft, sondern sich auch in Taten niederschlägt, zeigt der Haushaltsentwurf für das nächste Jahr (ca. 3 Mio. Euro), aber insbesondere die Finanzplanungen für die Jahre 2024 (ca. 11 Mio.) und 2025 (ca. 7 Mio.).

Klar ist auch, dass wir vor dem Hintergrund der riesigen Summen, die in den Bau des neuen Feuerwehrgerätehauses fließen, die Abteilungswehren nicht vergessen dürfen.

Und ich denke, es ist in diesem Gremium kein Geheimnis, dass ich mich deshalb ganz besonders darüber freue, dass wir im Haushalt 2023 auch endlich das über 35 Jahre alte Feuerwehrfahrzeug in Ehrstädt ersetzen werden.

Ein zweiter Brocken, der dazu führt, dass wie unser OB bei der Haushaltseinbringung gesagt hat „Der Haushalt sich in großen Teilen selbst aufstellt“, sind die Investitionen in unsere Schulen und Kindergärten.

„Wer an der Bildung spart, versündigt sich der Zukunft“ – dieser Ausspruch gilt auch in unserer Fraktion uneingeschränkt. Deshalb ist es richtig, dass wir unsere Schulen sanieren, in der Kraichgau-Realschule geht es in großen Schritten voran und auch in Reihen steht die Sanierung der Grundschule an.

Angesichts der Kostensteigerungen, die in keinem Verhältnis zur tatsächlichen Preisentwicklung stehen, sind wir uns aber in der Fraktion sicher, dass wir mit dem heutigen Wissen die damaligen Entscheidungen über die Grundschule in Reihen nicht mehr so treffen würden.

Zum Bereich Bildung gehören aber nicht nur die Schulen, sondern auch die Kitas. Und dieser Bereich bereitet uns als Fraktion ganz erhebliche Bauchschmerzen. Der vielfältige Zuzug in unsere Stadt geht auch mit einer steigenden Nachfrage nach Kita-Plätzen einher, deshalb ist es richtig, dass wir reagieren und sowohl in den vergangenen Jahren als auch in der Zukunft neue Kita-Plätze schaffen, ob durch Neubau oder die Erweiterung von bestehenden Einrichtungen.

„Gestalterische und architektonisch wertvolle Elemente mögen recht und schön sein, aber man muss sie sich auch leisten können, und das können wir uns im Moment schlicht nicht.“ Das war ein Zitat aus der Haushaltsrede des Kollegen Zoller aus dem letzten Jahr in Bezug auf den Neubau der Kita in Dühren. Wir sind als Fraktion gespannt, ob die Verwaltung bei der Planung der neuen Kita in Eschelbach, insbesondere bei der Gestaltung der Außenanlage etwas gelernt hat.

Alle Investitionen in Kitas nützen uns nichts, wenn wir die Einrichtungen bauen und sie dann nicht auslasten können, weil das Personal fehlt. Und ja, wir müssen alles dafür tun, eigenes Personal auszubilden und mit attraktiven Arbeitsbedingungen anzuwerben. Aber gleichzeitig darf sich die Landesregierung aus unserer Sicht einer pragmatischen dauerhaften Erhöhung des Betreuungsschlüssels (der mit Abstand beste in Deutschland) nicht verschließen.

Steffen Jäger, Präsident des Gemeindetages Baden-Württemberg hat in diesem Zusammenhang ein Grundproblem der Kommunen nach unserer Auffassung kürzlich sehr gut auf den Punkt gebracht:

„Die Kommunen befinden sich im Dauerkrisenmodus. Kommunale Verantwortungsträger haben in den vergangenen zehn Jahren fast ausschließlich Krisen erlebt und immer in gesamtstaatlicher Verantwortung gehandelt.“ Weiter sagt er: „Im Ergebnis bedeutet dies bei ehrlicher Betrachtung: Die Kommunen können die an sie gestellten Aufgaben nicht mehr erfüllen. Dies wird aktuell in den Städten und Gemeinden in besonderer Weise beim Rechtsanspruch auf Förderung in einer Kindertageseinrichtung (Betreuungsplatz) und absehbar beim Rechtsanspruch auf Ganztagesbetreuung an der Grundschule ab 2026/2027 deutlich. Zur Umsetzung dieses Rechtsanspruchs fehlen den Kommunen schlichtweg die Ressourcen. Deshalb muss der Fokus wieder auf das Erforderliche gerichtet werden. Gleichzeitig bedarf es der Definition einer neuen politischen und gesellschaftlichen

Bedürfnispyramide. **Es muss gelten „Lieber weniger versprechen, dafür aber verlässlich und qualitativvoll einhalten!“** Letztlich geht es um die Frage, ob unsere Gesellschaft und die politisch Verantwortlichen die Bereitschaft zu einer generationengerechten Politik auch dann haben, **wenn dies bedeutet, auf etwas zu verzichten, einmal „nein“ zu sagen oder etwas aufzuschieben.“**

Ich glaube, diesen Sätzen ist nichts hinzuzufügen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich zu einem anderen Thema erneut meinen Fraktionsvorsitzenden aus der Haushaltsrede im letzten Jahr zitieren:

„Zufrieden sind wir, dass die Verwaltung im Januar endlich die Vergaberichtlinien ins Gremium bringen will. Wir würden eine Aufteilung in Höchstgebots- und Punkteverfahren begrüßen.“

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, wir haben vollstes Verständnis, dass sich auch die Verwaltung in diesem Jahr einer außergewöhnlich hohen Belastung ausgesetzt sieht. Wir erwarten aber spätestens für die Vergabe der Bauplätze in den Baugebieten *Bründel* und *Heinzengrund*, dass die Verwaltung einen entsprechenden Vorschlag für Vergaberichtlinien macht – ansonsten werden wir als Fraktion einen eigenen Vorschlag einbringen.

Klar ist für unsere Fraktion im Übrigen auch weiterhin: Wenn sich unsere Bevölkerungszahl erhöht, muss es auch weiterhin möglich sein, neuen Wohnraum zu erschließen – sowohl maßvoll im Außenbereich als auch durch Nachverdichtung.

Bei den vielen für das Jahr 2023 geplanten Bauvorhaben, die im Einzelnen beinahe alternativlos sind, kann ich nur wiederholen, was sowohl mein Fraktionsvorsitzender Friedhelm Zoller, aber auch viele Fraktionssprecher in den letzten Jahren gebetsmühlenartig wiederholt haben: Standards, Standards, Standards.

Und während wir uns, denke ich, alle in diesem Gremium auch an die eigene Nase fassen müssen, sehen wir doch, dass dieses Problem weit über Sinsheim hinausgeht und oftmals auf übergeordneten politischen Ebenen vorgegeben wird.

Und ja, fast jeder zusätzliche Standard kann für sich betrachtet gut begründet werden. Es ist die Summe der Standards, die letztlich die laufenden Ausgaben und den Personalbedarf der öffentlichen Hand in einem Maße nach oben getrieben hat, dass die Luft für Zukunftsgestaltung fehlt. Und das bereitet uns als CDU-Fraktion wirklich Sorge: **Schwindender Gestaltungsspielraum und fehlende Zukunftsinvestitionen werden uns in den nächsten Jahren und Jahrzehnten noch ganz gehörig auf die Füße fallen!**

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

ein Thema wurde in den beiden vergangenen Jahren in der Öffentlichkeit besonders kontrovers diskutiert: Die Umgestaltung des Karlsplatzes, bei der wir als CDU-Fraktion überstimmt wurden. Für uns war und ist immer noch klar: Wir verschließen uns keiner Umgestaltung.

Diese muss aber mit Konzept, Sinn und Verstand vonstattengehen – ohne Schnellschüsse, sondern im Rahmen des Sanierungsgebietes Innenstadt West.

Und auch die Zukunft der Elsenzhalle erhitzt, auch wenn die Diskussionen im vergangenen Jahr etwas abgeklungen sind, die Gemüter. Angesichts der aktuellen wirtschaftlichen Lage ist für uns als Fraktion klar: Sowohl eine Konzeptvergabe mit Wohnbebauung in diesem sensiblen Bereich als auch der Neubau der Elsenzhalle sind keine Optionen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, gerade in einer Zeit, in der sich die finanziellen Rahmenbedingungen verschlechtern, müssen wir uns Gedanken darüber machen, wie wir strukturell Kosten einsparen können. Und ein konkreter Vorschlag aus dem Vorjahr, den ich an dieser Stelle noch einmal unterstreichen möchte, ist die Konsolidierung bei den Gebäuden für den Bürgerservice. Beispiele wie Rohrbach und Adersbach haben doch gezeigt: **Kosteneinsparungen sind möglich**, ohne die Ortschaftsverfassung oder wichtige Infrastruktur wie Feuerwehren, Kindergärten oder Schulen vor Ort aufgeben zu müssen.

Ein zweiter Vorschlag richtet sich in Richtung des ÖPNV. Lassen Sie uns gemeinsam vor der Ausschreibung des nächsten Linienbündels diskutieren, ob es wirklich sinnvoll und zeitgemäß ist – wirtschaftlich und ökologisch – dass wir große Busse leer über die Dörfer fahren lassen, statt alternative Mobilitätskonzepte voranzutreiben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich zum Ende hin auf das konkrete Zahlenwerk eingehen, das wir heute beschließen wollen:

Auch der städtische Haushalt 2023 kommt angesichts der riesigen Investitionssumme von über **30 Millionen Euro** nicht ohne Kredite aus – eingeplant sind für das Jahr **2023 fast 10 Mio. Euro** neue Schulden.

Bundesfinanzminister Christian Lindner würde diese **10 Mio. Euro vermutlich als Sondervermögen betiteln**, aber ich bin doch sehr froh, dass wir mit Ulrich Landwehr einen Kämmerer haben, der als „einsamer Mahner“ die Wirklichkeit beschreibt.

Diese 10 Mio. Euro Schulden, und das merkt bei steigenden Zinsen hoffentlich auch der Letzte, schränken den Handlungsspielraum nachfolgender Generationen massiv ein **und sind schon gar kein Vermögen**.

Während wir im Haushaltsjahr **2021 lediglich 650 Tsd. Euro an Zinsen** bezahlen mussten, sind in der Finanzplanung für **2025 bereits über 1,7 Mio. Euro an Zinsaufwendungen** vorgesehen. Das entspricht wahlweise, je nach Hallenseite sechs Feuerwehrfahrzeugen oder 50x der provisorischen Umgestaltung des Karlsplatzes.

Auch dieses Jahr bereitet uns die Entwicklung der Personalkosten Bauchschmerzen – erneut planen wir mit 2 Mio. Euro mehr für Personal als im Vorjahr. Und erneut hängt auch noch der kommende Tarifabschluss wie ein Damoklesschwert über dieser Zahl.

Vor diesem Hintergrund begrüßen wir es als CDU-Fraktion, dass der Kreistag auf eine Erhöhung der Kreisumlage in diesem Jahr verzichtet hat – diese Mehreinnahmen von rund 600 Tsd. Euro wiegen die Mehrausgaben aufgrund der Tarifsteigerung jedoch gerade so auf.

Vor dem Hintergrund der steigenden Personalausgaben halten wir auch den Antrag der Grünen-Fraktion zur Einstellung von mehr Gemeindevollzugsbediensteten nicht für sinnvoll und lehnen ihn ab. In den letzten Jahren ist es Herrn Zangl durch die Einführung neuer

Arbeitszeiten und Schichtmodelle gelungen, auch ohne Personalerhöhungen deutliche Effizienzsteigerungen im Bereich des Gemeindevollzugsdienstes zu generieren.

Gleichzeitig lehnen wir Neueinstellungen nicht kategorisch ab. So kann es in bestimmten Bereichen wirtschaftlicher sein, wenn wir als Stadt Fremdvergaben zurückführen und wieder mehr in Eigenregie erledigen – an dieser Stelle gilt auch Herrn Kippenhan unser Dank, der beim sog. „Schwarztrupp“ gezeigt hat, wie dieses Vorhaben funktionieren kann.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

vom Tiefbau möchte ich auf den Wirtschaftsplan der Stadtwerke überleiten:

Auch hier schlagen die steigenden Energiepreise voll durch. Dies macht es notwendig, die Wasser- und Abwassergebühren anzupassen, teilweise in erheblicher Höhe.

Als CDU-Fraktion bedauern wir diesen Schritt, gleichzeitig ist uns bewusst, dass uns hier rechtlich die Hände gebunden sind.

Im Bereich Wasser und Abwasser liegen große Aufgaben vor uns. Der Erhalt der Infrastruktur unter der Erde bleibt eine der großen Aufgaben der nächsten Jahre und Jahrzehnte.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Albrecht, zum Ende dieser Haushaltsrede dürfen wir Ihnen und all Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Namen der gesamten CDU-Fraktion für die Arbeit im vergangenen Jahr 2022 danken – wir alle nehmen war, wie ungut der Umgangston im Alltag geworden ist.

Auch Ihnen, Herr Landwehr, möchten wir für Ihre Geduld und Ihr nachdrückliches Mahnen danken, die aktuellen Entwicklungen geben Ihnen Recht. Vielen Dank auch an Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Erarbeitung des Haushalts sowie die gute Zusammenarbeit während der Haushaltsberatungen.

Für die in diesem Jahr sehr konstruktive Zusammenarbeit geht unser Dank an die Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, sowie die Vertreter der Presse.

Wir bedanken uns auch bei allen Bürgerinnen und Bürgern und bei allen Unternehmerinnen und Unternehmern der Stadt Sinsheim. Ein ganz besonderer Dank und große Anerkennung richten sich an alle im Ehrenamt tätigen Bürgerinnen und Bürger, für die vielen Stunden, welche sie für das Gemeinwohl unserer Kommune leisten – nach zwei anstrengenden Corona-Jahren alles andere als selbstverständlich.

Die CDU-Fraktion wird den zur Abstimmung vorgeschlagenen Haushalten zustimmen.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, zu guter Letzt möchte ich uns allen ein Zitat von Max Frisch mitgeben:

„Krise ist ein produktiver Zustand, wenn man ihr nur den Beigeschmack der Katastrophe nimmt.“ Es gibt einen Unterschied zwischen Krise und Katastrophe. Die Krise ist der Moment der Entscheidung. Das meinten die alten Griechen, wenn sie von „Krisis“ sprachen.

Und das gilt genauso heute, über 2000 Jahre später. Krise ist nicht das Ende.

Ja, die Zeiten sind hart, der Krieg in der Ukraine, Rekordinflation und Rezession. Die Bürgerinnen und Bürger wie unsere Unternehmen leiden unter diesen Herausforderungen.

Aber ich glaube, zwei Dinge sind wichtig: dass wir nicht vor Angst erstarren und dass wir nicht den Glauben an eine gute Zukunft verlieren.

In diesem Sinne wünsche Ich Ihnen im Namen der CDU-Fraktion allen ein frohes und besinnliches Weihnachtsfest in Sicherheit und Frieden – wer hätte gedacht, dass das im Jahr 2022 keine Selbstverständlichkeit sein könnte.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.